

Stellungnahme des BDK zum Bundeslagebild Waffenkriminalität 2024

15.07.2025

Waffenkriminalität bleibt ein hohes Sicherheitsrisiko – BDK fordert entschlossene Maßnahmen.

Das Bundeslagebild Waffenkriminalität 2024 zeigt eindrücklich: Die Bedrohung durch Schusswaffen in Deutschland ist real – und sie betrifft nicht nur das strafrechtliche Randgeschehen. Auch im Jahr 2024 wurden bundesweit über 4.700 Schusswaffen in Zusammenhang mit Straftaten sichergestellt. Das entspricht einem weiterhin hohen Niveau und belegt die anhaltende Relevanz des Themas für die Innere Sicherheit.

„Waffen in den Händen von Kriminellen oder Extremisten sind keine Ausnahmeerscheinung – sie sind Ausdruck struktureller Sicherheitsrisiken, die wir sehr ernst nehmen müssen“,

betont die stellvertretende Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Marina Hackenbroch.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen erleben im Einsatzalltag, dass die Hemmschwelle zum Mitführen und Gebrauch von Waffen sinkt – insbesondere im Milieu der Organisierten Kriminalität, aber auch bei politisch motivierten Tätern.“

Besonders besorgniserregend ist der fortgesetzte Trend, dass illegale Waffen im Zusammenhang mit Gewalt- und Drogendelikten auftauchen. Der Besitz und Einsatz solcher Waffen stellt nicht nur eine abstrakte Gefahr dar – sondern bedroht ganz konkret das Leben und die Gesundheit von Bürgerinnen, Bürgern und Einsatzkräften.

Aus Sicht des BDK sind daher folgende Maßnahmen dringend erforderlich:

- Eine differenzierte statistische Erfassung: Derzeit werden Verstöße gegen das Waffenrecht, das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Sprengstoffgesetz unter einem Deliktschlüssel zusammengeführt. Dies erschwert die präzise Bewertung von Gefahrenlagen. *„Wir brauchen ein realistisches Bild – nicht ein statistisches Sammelbecken.“*, so Hackenbroch.
- Ein strukturierter Erkenntnistransfer zwischen Waffenbehörden, Polizei und Nachrichtendiensten: Gerade im Bereich Organisierte Kriminalität und Extremismus ist die Information über Waffenbesitz ein zentraler Ermittlungsansatz.
- Ein klarer gesetzlicher Rahmen, der gefährliche Waffen konsequent aus dem Verkehr zieht. Dazu gehört insbesondere die Schließung von Regelungslücken bei bislang erlaubnisfreien Waffen mit hoher Gefährlichkeit.

„Das Lagebild zeigt, wo wir stehen – aber auch, wo wir nicht stehen bleiben dürfen.“, so Hackenbroch abschließend. *„Wer Waffenkriminalität bekämpfen will, muss Gesetzgebung, Statistik und polizeiliche Praxis enger verzahnen – für mehr Sicherheit und eine wehrhafte Demokratie.“*

Schlagwörter

Bund

diesen Inhalt herunterladen: [PDF](#)